

## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 20.01.2022

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	18:45 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter:</b>	Herr Blechschmidt
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 02.12.2021	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Vertagung vom 02.12.2021 Bearbeitungszeit Ausländerbehörde Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch und Frau Morgenroth hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt	1657/21

5.2.	Videoüberwachung des Petersbergs Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport	<b>1796/21</b>
5.3.	Vertagung vom 02.12.2021 Abrechnung Feuerwehr Erfurt Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Herr Perdelwitz hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt	<b>1867/21</b>
5.4.	Briefkasten Ausländerbehörde Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt	<b>2468/21</b>
5.5.	Öffnungszeiten und Antragsbearbeitung im Bürgeramt Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Frau Maurer BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt	<b>2475/21</b>
6.	Informationen	
6.1.	Mündliche Informationen	
6.1.1.	Fortsetzung Baumaßnahme - Neubau Feuerwehrgerä- tehaus Ilversgehofen Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Frenzel BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt	<b>0067/22</b>
6.1.2.	Ilmenauer Ausländerbehörde Vorbild für Erfurt Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt	<b>0108/22</b>
6.2.	Sonstige Informationen	

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin verwies der Ausschussvorsitzende auf das bereits mit der Einladung versandte Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen. Er erläuterte, dass der Mund-Nasenschutz am Sitzplatz zu tragen sei. Des Weiteren muss jede Stunde für 10 Minuten eine Lüftungspause durchgeführt werden.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., stellte die Aufnahme der folgenden Drucksachen in die Tagesordnung zur Abstimmung:

- Drucksache 0067/22 – Fortsetzung Baumaßnahme – Neubau Feuerwehrgerätehaus Ilversgehofen

**bestätigt**    **Ja 10**            **Nein 0**            **Enthalten 0**

Somit wurde die Drucksache in die Tagesordnung unter den TOP 6.1.1 aufgenommen.

- Drucksache 0108/22 – Ilmenauer Ausländerbehörde Vorbild für Erfurt

**bestätigt**    **Ja 10**            **Nein 0**            **Enthalten 0**

Somit wurde die Drucksache in die Tagesordnung unter den TOP 6.1.2 aufgenommen.

Des Weiteren informierte der Ausschussvorsitzende die Ausschussmitglieder darüber, dass die Drucksache 2468/21 – Briefkasten Ausländerbehörde – von der Einreicherin zurückgezogen wurde.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, den Tagesordnungspunkte 5.1 – Drucksache 1657/21 - Bearbeitungszeit in der Ausländerbehörde – und den Tagesordnungspunkt 6.1.2. – Drucksache 0108/22 - Ilmenauer Ausländerbehörde Vorbild für Erfurt - gemeinsam zu beraten. Der Vorschlag wurde einstimmig bestätigt.

Da keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzende die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**bestätigt**    **Ja 10**            **Nein 0**            **Enthalten 0**

**3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 02.12.2021**

Die Niederschrift wurde wie folgt

**genehmigt Ja 5 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

**4. Dringliche Angelegenheiten**

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

**5. Behandlung von Anfragen**

- 5.1. Vertagung vom 02.12.2021 1657/21**  
**Bearbeitungszeit Ausländerbehörde**  
**Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch und Frau Morgenroth**  
**hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.1.2 beraten.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragte für den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, für eine Vertreterin der internationalen Studierenden sowie für die Vorsitzende des Studierendenbeirates das Rederecht.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, beantragte das Rederecht für Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt und Stadtratsmitglied ohne Ausschussmandat sowie für den Vertreter des DGB das Rederecht.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass jedem Redner ca. 2-3 Minuten Rederzeit für ein grundsätzliches Statement eingeräumt werden sollte. Anschließend stellte er die Erteilung des Rederechtes zur Abstimmung.

**bestätigt    Ja 10            Nein 0            Enthalten 0**

Der Vertreter des DGB erklärte, dass es für ganz Thüringen zuständig sei und verwies auf die schwierige Terminvergabe in Erfurt. Des Weiteren verwies er auf den Personalmangel und die Bearbeitungsdauer von 1,5 – 2 Jahren. Auch mahnte er an, dass Dokumente teilweise 3 bis 4-mal eingereicht werden müssten. Er erklärte, dass laut einer Studie die Betreuung von 450 Fälle pro Bearbeiter optimal seien und fragte nach, warum Erfurt bei einem Schlüssel von 412 pro Bearbeiter trotzdem solche enorm langen Bearbeitungszeiten habe.

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates äußerte sich ebenfalls zur derzeitigen Situation in der Landeshauptstadt Erfurt. Er erklärte, dass er auch als Sozialarbeiter für die Unterstützung der Migranten zuständig sei und daher regelmäßigen Kontakt zur Ausländerbehörde habe. Er informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass derzeit ca. 22.000 Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt betroffen seien. Er bezeichnete die Situation in der Ausländerbehörde als nicht erfreulich und verwies auf die Personalprobleme. Er äußerte, dass bereits ein Signal an das Land Thüringen gegeben wurde, allerdings sei von dort bis heute noch keine Rückmeldung erfolgt.

Eine betroffene Studentin berichtet über ihre Erfahrungen und die Situation der Studierenden, die auf ihren Aufenthaltstitel warten müssen und somit sich formal illegal in Deutschland aufhalten. Sie verwies auf den Stress und die Angst der teilweise erst 19 – 20-jährigen Studierenden. Des Weiteren verwies sie auf die Problematik bei der Terminvergabe, die fehlende Transparenz bei den benötigten Unterlagen und die Problematik bei der Akzeptanz der Sperrkonten.

Die Vorsitzende des Studierendenrates in Erfurt informierte darüber, dass sie wöchentlich Anfragen über das internationale Büro von hilfesuchenden Studierenden bekommen. Sie schilderte die Situation bei der Terminvergabe in der Ausländerbehörde. Dem Vorschlag des Studierendenrates, Gruppentermine für die betroffenen Studenten/-innen anzubieten, wurde von Seiten der Ausländerbehörde nicht gefolgt. Sie wies darauf hin, dass sich alle Studierenden in der Landeshauptstadt wohlfühlen sollten.

Frau Röttsch ergänzte, dass Schulsozialarbeiter sich bereits an sie gewandt haben. Diese weisen darauf hin, dass betroffene Familien aus der Krankenversicherung fallen. Sie fragte nach, wann neue Räumlichkeiten für die Ausländerbehörde zur Verfügung gestellt werden können. Frau Morgenroth erkundigte sich, wie die Erreichbarkeit der Ausländerbehörde verbessert werden könnte. Herr Robeck fasste zusammen, dass die Betroffenen ihre Probleme, Unsicherheiten und Ängste deutlich beschrieben hätten. Auch seien die Zahlen in Bezug auf die offenen Stellen in der Ausländerbehörde benannt worden. Er fragte nach, warum die offenen Stellen noch nicht ausgeschrieben wurden und wann dies erfolgt. Des Weiteren fragte er nach, warum es keinen separaten Ansprechpartner für das internationale Büro der Studierenden, z. B. auf dem Unicampus, gäbe und warum keine Gruppentermine vergeben werden. Dies würde doch einiges vereinfachen.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt, bedankte sich für die sehr anschaulichen Informationen. Er verwies auf den enormen Zuzug sowie den enormen Aufwand in der Ausländerbehörde. Er erklärte die personelle und räumliche Situation der Ausländerbehörde und verwies auf das Standortkonzept, welches verwaltungsintern erarbeitet wird. Er bedankte sich bei den Mitarbeitenden der Ausländerbehörde, die trotz der großen Belastung einen guten Job machen.

Der Leiter des Bereiches Ausländer- und Asylangelegenheiten erklärte, dass das Amt seit 2018 versuche die Situation zu verbessern. Er verwies auf die zeitaufwendigen Prozessabläufe, die Verdopplung der Anfragen, auf Nachfragen, die von der entsprechenden Botschaft beantwortet werden müsse und die geringe Personalbesetzung in der Ausländerbehörde. Des Weiteren erläuterte er den zeitaufwendigen Prozess, Stellen auszuschreiben und

neu zu besetzen. Er wies zudem darauf hin, dass die vor 4 Jahren getroffenen Aussagen nun eingetreten seien und dringend weiteres Personal benötigt werde. Zusätzlich erklärte er den Priorisierungsablauf beim E-Mail-Eingang.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, appellierte an die Ausländerbehörde und die Verwaltung eine Lösung für die Betroffenen zu finden. Er verwies auf die unterschiedlichen Strukturen in den verschiedenen Ausländerbehörden innerhalb Thüringens. Auch seien die Anliegen der einzelnen Betroffenen sehr unterschiedlich. Er erklärte, dass er für beide Seiten Verständnis habe und auch der politische Wille da sei, etwas zu ändern.

Herr Mroß, Fraktion SPD, verwies auf die gute Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde und zeigte sich überrascht über die aktuelle Situationsbeschreibung der Betroffenen. Er schlug vor, folgende Punkte zu diskutieren:

- Maßnahmenplanung, um die ständigen Rückfragen in der Ausländerbehörde zu reduzieren,
- das Thema Einbürgerung vorantreiben sowie
- Räumlichkeiten für zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und diese möglichst schnell zu besetzen. Hier verwies er auf die Möglichkeiten, die die Landesverwaltung hat, um auch ohne bestehenden Haushalt weitere Mitarbeiter einzustellen.

Der Referent des Bereiches Oberbürgermeister wies darauf hin, dass das Landeshaushalt s-recht hier nicht angewendet werden darf, sondern das Kommunalrecht und dieses sehe vor, dass erst bei Vorliegen eines Haushaltes weitere Einstellungen vorgenommen werden dürfen; bis zum Inkrafttreten des neuen Haushaltes gelte der Stellenplan des vergangenen Haushaltsjahres fort.

Herr Horn ging auf die Fragen und Anmerkungen ein und erklärte, dass bereits Bedarfe angemeldet wurden und es eine Besetzung der noch offenen Stellen geben werde. Er ergänzte, dass im Bereich der Einbürgerung auch zwei Mitarbeiter fehlen würden und bereits Umstrukturierungen im Bereich der Behörde stattgefunden hätten. Er sagte zu, dass weiter an kreativen Lösungen gearbeitet werde.

Frau Morgenroth lobte die Nachbesetzung der offenen Stellen. Sie hinterfragte, ob es Gespräche mit anderen Kommunen gäbe, in denen die Abarbeitung scheinbar problemloser abläuft.

Der Vertreter des DGB vergleicht noch einmal den Verteilungsschlüssel in Bezug auf Planstellen in den Städten Ilmenau, Weimar und Erfurt. Er wies darauf hin, dass Erfurt im Vergleich zu Ilmenau und Weimar weniger Fälle pro Sachbearbeiter zu bearbeiten hätte. Des Weiteren äußerte er, dass die Behörde in Erfurt Fiktionsbescheinigungen als E-Mail versende.

Der zuständige Mitarbeiter der Ausländerbehörde erklärte, dass die Fiktionsbescheinigungen 12 Monate gültig seien.

Die Sitzung wurde für eine 10-minütige Lüftungspause unterbrochen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt schlug vor, zu greifbaren Ergebnissen zu kommen.

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates wies noch einmal darauf hin, dass die Menschen, die nach Erfurt kommen, ein würdiges Leben haben möchten. Er äußerte seine Dankbarkeit gegenüber der Verwaltung und den Fraktionen und schlug vor, Kooperationen mit anderen Kommunen einzugehen, die weniger Menschen betreuen müssen. Abschließend bedankte er sich für das Gespräch.

Herr Estelmann, sachkundiger Bürger, fragte nach, warum die fünf offenen Stellen noch nicht nachbesetzt wurden.

Herr Robeck bedankte sich für die konstruktive Debatte und schlug vor, sinnvolle Maßnahmen und Arbeitserleichterungen bis zum Beginn des neuen Semesters umzusetzen.

Frau Hoffmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, erklärte, dass Verpflichtungen in Bezug auf die Unterbringung realisiert wurden. Sie verwies auf zwei offene Interessenbekundungsverfahren in Bezug auf Immobilien zur Unterbringung von Geflüchteten und Sozialberatungsangebote.

Herr Horn bedankte sich für die sachliche Diskussion und die Anregungen. Er werde weiter an der Problemlösung arbeiten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt bedankte sich abschließend ebenfalls für die sachliche Diskussion und verwies auf die komplizierte Problematik.

### **zur Kenntnis genommen**

- 5.2. Videoüberwachung des Petersbergs 1796/21**  
**Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck**  
**hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport**

Da die Nachfrage von Herrn Robeck, Fraktion BNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu den Anschaffungskosten, zu der Unterhaltung und zu der Haushaltsstelle für die Videoüberwachung nicht vollständig beantwortet werden konnte, einigten sich die Ausschussmitglieder auf folgende Festlegung:

Bezugnehmend auf die DS 1796/21, - Videoüberwachung am Petersberg- bitten die Ausschussmitglieder um die Nennung der entsprechenden Haushaltsstelle, sowie die Kosten für die Anschaffung, Wartung und den Betrieb der Videoüberwachungsanlage auf dem Petersberg. T.: 30.03.2022 V.: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport	DS 0142/22
--	------------

### **zur Kenntnis genommen**



neut diskutiert werden soll. Er versprach über die neuen Erkenntnisse im nächsten Ausschuss zu informieren.

**vertagt**

**6.1.2. Ilmenauer Ausländerbehörde Vorbild für Erfurt** **0108/22**  
**Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr**  
**Robeck**  
**BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.1 beraten.

Siehe Tagesordnungspunkt 5.1.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2. Sonstige Informationen**

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. Blechschmidt  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in